



HESSISCHER LANDTAG

08. 11. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend für Demokratie und gegen Bankenmacht

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag teilt die weit verbreitete Sorge in der Bevölkerung, dass die überbordende Macht von Großbanken und Finanzmarkt im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus eine Gefährdung für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellen.
Anstatt Banken und Finanzmärkte zu regulieren und riskante Spekulationsgeschäfte zu verbieten, bekommen Banken viele Hundert Milliarden Euro an "Rettungsschirmen". Gleichzeitig werden mit sogenannten "Schuldenbremsen" die Staatsausgaben für Durchschnittsverdienende und Arme gekürzt.
2. Der Landtag begrüßt, dass weltweit Bürgerinnen und Bürger als Occupy-Bewegung, u.a. auch in Frankfurt am Main, ihren Protest gegen eine Politik vornehmlich zum Schutz der Interessen von Großbankiers und Finanzjongleuren auf die Straße tragen.
Der Landtag begrüßt weiterhin, dass große gesellschaftliche Gruppen, wie z.B. die Kirchen, Gewerkschaften und attac, diese Proteste unterstützen.
3. Der Landtag teilt die Meinung der Protestierenden, dass zur Demokratisierung in Deutschland und Europa Banken entmachtet und die Finanzmärkte reguliert werden müssen.
4. Der Landtag bekennt sich ausdrücklich zu Art. 38 (1) der Verfassung des Landes Hessen: "Die Wirtschaft des Landes hat die Aufgabe, dem Wohle des ganzen Volkes und der Befriedigung seines Bedarfs zu dienen. Zu diesem Zweck hat das Gesetz die Maßnahmen anzuordnen, die erforderlich sind, um die Erzeugung, Herstellung und Verteilung sinnvoll zu lenken und jedermann einen gerechten Anteil an dem wirtschaftlichen Ergebnis aller Arbeit zu sichern und ihn vor Ausbeutung zu schützen."
Dies heißt, dass alle von ihrem Arbeitseinkommen ein auskömmliches Leben führen und im Alter eine Rente oberhalb des Armutsniveaus beziehen können.
5. Der Landtag betont, dass direkte Beteiligungen der Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungen eine Bereicherung der Demokratie in ganz Europa darstellen. Das Volk ist und bleibt Souverän der Demokratie.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 8. November 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen